



**TOURISMUS**  
Schwarzwald  
lockt mit  
Spezialitäten  
Wirtschaft



**TECHNIK**  
Wenn neue  
Geräte den  
Geist aufgeben  
Digitale Welt



**ANDREAS SCHELL**  
Neuer EnBW-  
Chef kommt vom  
Bodensee  
Wirtschaft, Seite 16

**KONSTANZ**  
MITTWOCH, 6. APRIL 2022  
NR. 80 | 78. JAHR | K  
PREIS 2,70 EURO  
[www.suedkurier.de](http://www.suedkurier.de)

# SÜDKURIER

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG IN BADEN-WÜRTTEMBERG

**KONSTANZ**

## Gassenfreitage vor Rückkehr

Mit den Gassenfreitagen soll eine beliebte Konstanz-typische Veranstaltung zurückkehren. Immer am Abend des ersten Freitags in den Monaten Mai bis Oktober füllten sich bis 2019 die Gässchen im ältesten Stadtteil, der Niederburg, bei Handel, Gastronomie, Musik und Tanz. Der Verein Niederburg Vital arbeitet nun an der Neuaufgabe. „Ich hoffe sehr, dass der Gassenfreitag spätestens im Juni wieder stattfindet“, sagte der Vorsitzende Rolf Huesgen. (jus)

**RADOLFZELL**

## Stadt kauft altes Pflegeheim selbst

Der Spitalfonds Radolfzell verkauft das Gebäude Poststraße 15, das heutige städtische Pflegeheim Heilig Geist, für 2,8 Millionen Euro an die Stadt Radolfzell. Die Stadt kann sich die Immobilie nur leisten, weil es aus dem Jahr 2021 einen überraschenden Haushaltsüberschuss von mehr als acht Millionen Euro gegeben hat. Mit dem Verkauf sichert der Spitalfonds die Finanzierung des bereits laufenden Neubaus eines Pflegeheims auf der Mettnau. (ans)

**STOCKACH**

## Schwere Zeiten für die Bürgerstiftung

Zum ersten Mal seit zwei Jahren konnte die Stockacher Bürgerstiftung wieder zu einem Info-Abend einladen. Wie der Stiftungsvorsitzende Wolfgang Kammerlander erklärte, musste sich die Stiftung aufgrund der niedrigen Zinsen in den vergangenen Jahren auf die Akquise von Spenden konzentrieren. Dieses Konzept sei allerdings aufgegangen. Und so konnten seit 2019 verschiedene Projekte mit insgesamt rund 105.000 Euro unterstützt werden. (dha)

### Covid-19 in Baden-Württemberg

Covid-Patienten auf Intensivstation

**242 (-5)**  
Warnstufe: 250 Alarmstufe: 390

Hospitalisierungs-Inzidenz

**6,7 (-0,1)**  
Warnstufe: 4 Alarmstufe: 15

Inzidenz in Baden-Württemberg

**1277,8**

Stand: 05.04.2022, 17:00 Uhr  
QUELLE: LANDESGESUNDHEITSAMT / SK-GRAPHIK

**BODENSEE-WETTER**

**16°** Höchstwert heute Nachmittag  
**7°** Tiefstwert in der Nacht zu morgen

[www.suedkurier.de/wetter](http://www.suedkurier.de/wetter) Seite 10

Bilder: dpa Preise: 2,70 Euro | 3,50 sFr. 3 2 2 1 4



Flucht aus dem Donbass: Die Solidarität mit Flüchtlingen aus der Ukraine ist groß in Baden-Württemberg. BILDER: AFP, DPA



Erdgasverdichterstation nahe der deutsch-polnischen Grenze: Die Sorgen um die Sicherheit der Energieversorgung sind groß.



Zerstörte Gebäude in Borodjanka: Der Krieg in der Ukraine drückt auch in Baden-Württemberg die Zuversicht massiv.

**KOMMENTAR**

## Das Wichtige bitte zuerst

VON STEFAN LUTZ

Die Zeiten sind rau geworden, und der Blick auf die Nachrichten des Tages ist meist von Sorgen begleitet und weniger von Frohsinn. Die Menschen in Baden-Württemberg realisieren immer mehr, dass sie weniger auf einer Insel der Glückseligkeit leben als vielmehr von den Krisen dieser Welt selbst betroffen sind. Nur noch ein Viertel der Menschen blickt mit Zuversicht in die Zukunft, wie eine Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen ans Licht bringt. Ein Tiefstand, den es so noch nie gab. Das muss die Regierenden alarmieren, denn aus dieser Analyse lässt sich ein Auftrag ableiten: Kümmer euch um die wirklichen Probleme und verschwendet keine Tatkraft mehr in unwichtigen Randthemen.

Das neben dem Krieg in der Ukraine aktuell überragende Thema ist das Abfedern der drohenden Energiekrise. Nichts bewegt die Menschen derzeit mehr. Doch die Krise ist nicht zu lösen mit einem etwas länger am Netz bleibenden Atommeiler und schon gar nicht mit einem dreimonatigen Tempolimit auf der Autobahn. Das heißt nur Symptome, beseitigt aber den Missstand nicht. Was es braucht, ist eine entschlossen umgesetzte Strategie zum Ausbau der erneuerbaren Energien – und da ist die Landespolitik zu träge.

Das Thema Windkraft macht dies deutlich. Um es voranzutreiben, sollen seit Jahren bürokratische Hindernisse aus dem Weg geräumt werden – passiert ist wenig. Und so beschleicht die Menschen das Gefühl, dass staatliche Aufgaben eher verschleppt als getrieben werden. Beispiele für diese These gibt es reichlich: Erst ist die Impfpflicht im Wahlkampf wichtig – nun ist sie praktisch vom Tisch. Die Digitalisierung des Bildungssystems wird häufig beschworen – es tut sich aber wenig. Die Modernisierung der Verwaltung war Topthema vor der Landtagswahl – heute will niemand mehr etwas davon wissen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Was dabei auffällt: Es sind stets staatliche Aufgaben, die liegen bleiben.

Es gehört also nach oben auf die politische Prioritätenliste, für einen funktionierenden und vor allem schlanken Staat zu sorgen. Der dann auch in der Lage wäre, unruhige Zeiten zielgerichtet zu managen und nicht nur in aller Kurzfristigkeit Symptome zu behandeln. Das würde die Menschen im Land ungemein beruhigen. Und dann auch wieder zuversichtlicher machen.

# Stimmung so schlecht wie nie

- Ukraine-Krieg erschüttert Zukunftsaussichten
- Mehrheit der Baden-Württemberger besorgt
- Veränderte Einstellung zu Wind- und Atomkraft



Viele Baden-Württemberger sind laut der Allensbach-Umfrage von den hohen Preisen für Strom, Heizung und Sprit massiv betroffen. Vor diesem Hintergrund haben sich auch die energiepolitischen Prioritäten verschoben: Oberstes Ziel ist die Unabhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen. Eine Verlängerung der Laufzeiten der noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerke ist plötzlich für viele nicht nur denkbar, sondern wünschenswert. Auch die Haltung zur Windkraft hat sich im Zuge des Ukraine-Kriegs massiv geändert: Selbst gegen Windräder in der Nachbarschaft hätten 58 Prozent der Befragten demnach nichts.

**Kommentar:** „Das Wichtige bitte zuerst“  
**Seiten 2/3:** Die Ergebnisse des „BaWü-Checks“ im Detail

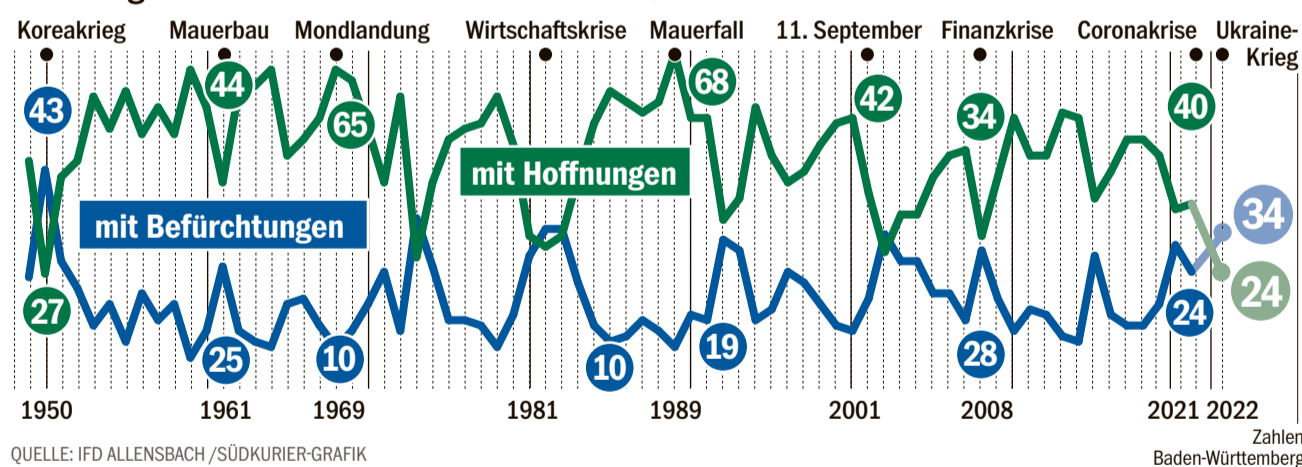
**Allensbach/Konstanz (sk)** Der Krieg in der Ukraine, die Sorgen um die Sicherheit der Energieversorgung sowie die steigenden Energiepreise und die allgemeinen Inflations Sorgen haben Spuren bei der baden-württembergischen Bevölkerung hinterlassen. Der Zukunftsoptimismus der Bürger ist zu tiefst erschüttert. Das ergibt der „BaWü-Check“, eine Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen, die vom Institut für Demoskopie (IfD) Allensbach durchgeführt wird.

Nur noch knapp jeder vierte Baden-Württemberger sieht den kommenden zwölf Monaten mit Hoffnungen entgegen, die große Mehrheit ist hingegen tief besorgt: 34 Prozent blicken mit ausgeprägten Befürchtungen auf

die nächsten Monate, weitere 33 Prozent mit Skepsis. Das Institut für Demoskopie Allensbach untersucht seit 1949 in bundesweiten Untersuchungen die Stimmungslage der Bevölkerung. Nie zuvor war der Zukunftsoptimismus derart niedrig wie zurzeit: Das zeigen die landesweiten Zahlen des „BaWü-Checks“. Stellt man die Baden-Württemberg-Zahlen in eine Reihe mit den Bundes-Zahlen, fällt auf, dass nur einmal zuvor sich die Kurven derart überkreuzt haben – 1950 während des Koreakriegs. Doch selbst damals hatten die Menschen noch etwas mehr Hoffnung auf eine positive Zukunft als heute.

### Stimmungsbild in Deutschland

Allensbach-Studie / Angaben in Prozent



## Kretschmann hält zu Lucha

**Stuttgart (dpa)** Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hält an seinem Gesundheitsminister Manfred Lucha (beide Grüne) trotz heftiger Kritik an dessen Coronapolitik fest. „Ich werde ihn nicht entlassen, ich wüsste gar nicht warum“, sagte der Regierungschef am Dienstag in Stuttgart. SPD und FDP wollen im Parlament Kretschmann dazu drängen, Lucha zu feuern. Kretschmann sagte, man entlasse einen Minister bei persönlichem schweren Fehlverhalten und wenn er schweren Schaden angerichtet habe, das sei alles nicht der Fall.

## Uno: Hinweise auf Kriegsverbrechen

**Genf (AFP)** Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte (OHCHR) sieht zunehmend Hinweise darauf, dass in Kiwos Vorort Butscha Zivilisten „gezielt“ getötet wurden. „Alles deutet darauf hin, dass die Opfer absichtlich ins Visier genommen und direkt getötet wurden. Und diese Beweise sind sehr beunruhigend“, sagte OHCHR-Sprecherin Elizabeth Throssell am Dienstag in Genf. Das humanitäre Völkerrecht verbiete aber bei bewaffneten Auseinandersetzungen absichtliche Angriffe auf Zivilisten, diese kämen somit einem Kriegsverbrechen gleich.

Seite 2: Kommentar von Michael Schwarz  
Seite 9: Die Kritik von FDP und SPD

Seite 2: Kommentar von Dieter Löffler  
Seite 4: Was in Butscha passiert ist

ANZEIGE

**NIGHT FEVER**  
A TRIBUTE TO THE BEE GEES  
18 JUNI 2022  
GEMEINDE- UND KULTURZENTRUM AADORF/TG, SCHWEIZ  
EINLASS: AB 19.00 UHR VORVERKAUF: ticketino.com  
KONZERTBEGINN: 20.00 UHR  
aagena  
www.nightfeveronline.com